

Abbau der Feindbilder in der Drogenpolitik ist nötig

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft**

Band (Jahr): **89 (1992)**

Heft 6

PDF erstellt am: **27.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-838166>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Abbau der Feindbilder in der Drogenpolitik ist nötig

Bundesbehörden, Fachleute und Betroffene warben in Biel für mehr Offenheit

An einem gesamtschweizerischen Presseseminar in Biel stellte das Bundesamt für Gesundheitswesen (BAG) die Anstrengungen des Bundes auf dem Gebiet der Drogenprävention und der Hilfe für die Abhängigen vor. Während sich in Biel die anwesenden Drogenfachleute eindringlich für mehr Offenheit und eine differenzierte Sichtweise der Drogenproblematik in Medien und Öffentlichkeit einsetzten, gab gleichentags in Bern die Bundesanwaltschaft bekannt, dass im Jahr 1991 die Zahl der Drogentoten mit 405 Drogenopfern einen neuen Höchststand erreicht hat.

Laut der Betäubungsmittelstatistik der Bundesanwaltschaft starben 1991 335 Männer und 70 Frauen an den Folgen des Drogenkonsums oder nahmen sich wegen ihrer Sucht das Leben. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der Drogenopfer um 125. Einen traurigen Zuwachs verzeichnete insbesondere der Kanton Zürich, wo 116 Drogenopfer gezählt wurden; 51 mehr als im Vorjahr.

Die in den Statistiken ausgewiesenen Zahlen über die Drogenopfer lägen wahrscheinlich zu tief, sagte Prof. Ambros Uchtenhagen in Biel. Den Vertretern des BAG und den anwesenden Drogenfachleuten war es ein Anliegen, trotz dieser bedenklich hohen Zahlen den Blickwinkel über die eigentliche Kriminalstatistik hinaus zu erweitern. So betonte Prof. Uchtenhagen denn auch, einerseits würden Meldungen über Drogenopfer in der Öffentlichkeit stark beachtet, andererseits würden die Folgen des Konsums legaler Suchtmittel weitgehend verdrängt. Bezogen auf die ganze Schweiz gab Prof. Uchtenhagen folgende Zahlen bekannt:

- Rauchen: 1 Mio. Raucher (mind. 1 Päckchen/Tag); 5000 Tote
- Alkohol: 150 000 Alkoholranke; 1000 Tote
- Medikamente: 200 000 Medikamentensüchtige; 700 Tote
- illeg. Drogen: 15 000 bis 20 000 Heroinsüchtige; 400 Tote.

(Gemäss einer kürzlich vom BAG veröffentlichten wissenschaftlichen Untersuchung muss sogar von 10 000 Todesfällen infolge Rauchens ausgegangen werden.)

«Die illegalen Drogen sind kulturfremd; dagegen sind wir auf einem Auge blind für gewisse, durch unsere Gesellschaft akzeptierte Drogen», begründete Uchtenhagen die ungleiche Wahrnehmung der Suchtfolgen durch die Medien, die Öffentlichkeit und die Politik in bezug auf illegale und legale Drogen. Dies verhalte sich in andern Kulturkreisen gleich, aber unter umgekehrten Vorzeichen: So sei zum Beispiel der traditionelle Cannabiskonsum in der arabischen Welt weitgehend akzeptiert, während Alkohol als kulturfremde Droge abgelehnt werde. Für Ambros Uchtenhagen ist «Sucht der Unfall eines normalen Konsumverhaltens». In bezug auf die illegalen Drogen habe unsere westliche Welt keine Kultur des kontrollierten Konsums entwickelt. Aufschlussreich ist, dass in früheren Zeiten auch andere, ursprünglich kulturfremde Genuss- und Suchtmittel wie Kaffee und Tabak buchstäblich «verteufelt» wurden.

Gründe für den Drogenkonsum

Wird nach den Gründen für das Drogenelend gefragt, gehen die Meinungen in der Schweiz und anderswo auseinander. Die einen sehen die Ursache in viel zu viel Repression, die die Konsumenten in die Illegalität drückt, der Drogenmafia riesige Gewinne verschafft und sie dadurch zu einem noch aggressiveren Verhalten anstachelt; die andern sehen die Ursache in einer viel zu liberalen Haltung und möchten das Ideal einer drogenfreien Gesellschaft (frei von illegalen Drogen) mit staatlichem Zwang durchsetzen.

Während des Zweiten Weltkriegs, also in einer sehr schwierigen, belastenden Zeit, sei der Suchtmittelkonsum in der Schweiz am tiefsten gewesen, führte Prof. Uchtenhagen zu Beginn seines kurzen geschichtlichen Rückblicks aus und: «Je besser es uns geht, desto mehr Suchtmittel konsumieren wir.» Dies sei einerseits auf das in der Schweiz sehr grosse Angebot an Suchtmitteln zurückzuführen, andererseits auf die Kaufkraft der Bevölkerung, die ihr einen hohen Konsum erlaube und den internationalen Drogenhandel anziehe. Suchtmittel, legale und illegale, würden von vielen Menschen als «Lebenskrücken» eingesetzt, um das eigene Befinden zu verbessern. Die raschen Veränderungen der Lebensbedingungen überforderten die Menschen.

Konsumierten in den siebziger Jahren vor allem junge Intellektuelle illegale Drogen (Cannabis), um eine Bewusstseinsweiterung zu erleben und gleichzeitig gegen das politische System zu protestieren, so sind es seit den achtziger Jahren Junge aus allen Schichten, die aus einer Überforderung heraus in die Drogenszene rutschen.

Die Suchtphase kann überwunden werden

Gerade durch die Art der «Prophylaxe» früherer Jahre, die vor allem mit der Abschreckung arbeitete, und der häufig verzerrten Darstellung des Drogenproblems in den Medien wurden die illegalen Drogen stigmatisiert. Vor allem dem Heroin haftet immer noch der Ruf an, unweigerlich zu Siechtum und Tod zu führen. Demgegenüber zeigen neuere wissenschaftliche Untersuchungen, dass der Gebrauch der illegalen Drogen an sich kaum gesundheitsgefährdender ist als das Trinken von Alkohol. Zu Krankheit und sozialer Verelendung führen die Folgen der Illegalität wie unsauberes Spritzen, die für den Konsumenten nicht kontrollierbare Qualität des Stoffes, die hohen Preise. Hingegen haben Heroin und vor allem Kokain ein sehr hohes Suchtpotential, sie machen rasch abhängig. Doch auch die Abhängigkeit ist kein endgültiger Zustand; sie ist vielmehr, wie Professor Ambros Uchtenhagen erklärte, eine Lebensphase, welche die meisten Abhängigen früher oder später überwinden. Auch Heroinabhängige schaffen den Ausstieg zum Teil aus eigener Kraft. 93 Prozent der Cannabiskonsumenten steigen innert 12 Jahren aus dem Konsum aus; bei den Heroinabhängigen können sich 50 Prozent innert 7 Jahren von ihrer Sucht befreien und leben nachher drogenabstinent.

Entwicklung der Drogenszene

Im Rahmen des ZIPP-AIDS-Programms auf dem Zürcher Platzspitz wurde eine breit angelegte Befragung durchgeführt, die wichtige Erkenntnisse über die

Drogenkonsumenten und die Entwicklung der Szene gibt und viele Vorurteile zu widerlegen vermag. So hat die Befragung ergeben, dass das Drogenproblem längst alle Landesteile erfasst hat. Sechzig Prozent der Besucher des Platzspitzes sind auf dem Land aufgewachsen. Je früher der Einstieg in die Drogen erfolgte, desto schwerwiegender sind die Abhängigkeitsprobleme. Der Arzt Thomas Müller forderte deshalb, die Prävention müsste auf dem Land verstärkt werden und bereits in der Grundschule beginnen.

Das Bild des verwahrlosten, herumhängenden Drogenkonsumenten entspricht nur zum Teil der Wirklichkeit: fünfzig Prozent der Platzspitzbesucher lebten sozial integriert, das heisst sie verfügten über eine Wohnung und gingen regelmässig einer Arbeit nach oder standen noch in der Ausbildung. Die Befragung der Platzspitzbesucher deckte auch auf, dass sich zahlenmässig gleichviele Männer wie Frauen prostituieren, um ihren Drogenkonsum zu finanzieren.

Aids-Prävention und Überlebenshilfen

Die Zahl der neueinsteigenden Drogenkonsumenten ist in den letzten Jahren relativ konstant geblieben. Dagegen ist die Lage für die Süchtigen desolater und prekärer geworden, indem die Abhängigen vermehrt aus den sozialen Netzen fallen, den Arbeitsplatz und das Obdach verlieren und in die Kriminalität abgedrängt werden. Ethische Überlegungen seien für das BAG von zentraler Bedeutung, erklärte dessen Leiter, Dr. Thomas Zeltner: Es gehe darum, Lösungen zu finden, die es den Abhängigen ermöglichen, durch die Suchtphase hindurchzugehen und diese vorerst einmal zu überleben. Deshalb stehe die Aidsprävention an vorderster Stelle; und die Spritzentauschprojekte würden voll unterstützt.

Utopie einer drogenfreien Gesellschaft

Die Utopie einer drogenfreien Gesellschaft sei gefährlich, weil sie den Blick für Zusammenhänge trübe, die Not und Gefährdung der aktuell Süchtigen ignoriere und den Blickwinkel auf die illegalen Drogen einenge, betonte Prof. Ambros Uchtenhagen. Er sprach sich in Biel aber auch betont gegen eine totale Liberalisierung aus, wie sie etwa der Ökonom Milton Friedman befürwortet. Ein gangbarer Mittelweg, der die Lage der Abhängigen verbessern könnte, wäre die kontrollierte ärztliche Verschreibung von Heroin an Abhängige und die Legalisierung des Konsums. Uchtenhagen warnte aber auch hier vor Illusionen und zu grossen Erwartungen: Mit der ärztlichen Verschreibung – inzwischen hat der Bundesrat Versuchen mit insgesamt 250 Heroinabhängigen zugestimmt – könnte der Leidensdruck für die Abhängigen und ihre Kriminalisierung gemildert, aber nicht alle Probleme beseitigt werden. «Einen illegalen Drogenmarkt würde es immer noch geben», sagte Uchtenhagen und deshalb müsste auch die Präventionsarbeit weitergeführt werden.

Auf die Frage, ob nach dieser Philosophie nicht auch einem Alkoholiker seine tägliche Ration abgegeben werden müsste, konterte Uchtenhagen, diese Frage

stelle sich nicht, da eben jeder Alkoholkranke legal, überall und zu tiefen Preisen seine Droge kaufen könne. «Heroin ist per se weniger gesundheitsgefährdend als Alkohol», betonte Uchtenhagen; die Gefahr bestehe in Überdosierungen, die tödlich enden oder als Folge von Atemstillständen zu einer Beeinträchtigung des Gehirns führen könnten. Eine totale Liberalisierung sei vor allem deshalb abzulehnen, weil das Risiko abhängig zu werden, beim Heroin um ein x-faches höher sei als beim Alkohol. Bezüglich des Suchtpotentials werde das Heroin noch vom Kokain übertroffen, das zudem Psychosen auslösen könne.

Stigmatisierung der Abhängigen und ihrer Angehörigen

Als Präsidentin der Elternvereinigung Drogenabhängiger Jugendlicher (EV DAJ) schilderte Bea Goldberg, wie schwerwiegend die Folgen einer Drogenabhängigkeit für die ganze Familie sein können. Verstärkt werden die Belastungen und die Stigmatisierung durch die Kriminalisierung des Drogenkonsumenten. Häufig werden die Eltern für die Drogensucht ihres Kindes mitverantwortlich gemacht. Die Elternvereinigungen wollen die Schwellenangst der Angehörigen, eine Beratungsstelle aufzusuchen oder zusammen mit andern betroffenen Angehörigen ihre Probleme zu besprechen, abbauen helfen. In den letzten Jahren leisten sie auch vermehrt Öffentlichkeitsarbeit für eine Verbesserung der Lage der Süchtigen.

Die Hauptaufgabe liegt bei den Kantonen

Die Hauptaufgabe in der Drogenprävention und -therapie liegt bei den Kantonen. Dies wird laut BAG-Direktor Zeltner auch in Zukunft so bleiben. Der Bundesrat hat aber beschlossen, sein Engagement in Drogenfragen zu verstärken und sowohl die personellen wie finanziellen Mittel aufzustocken. Der Bund bemüht sich vor allem um eine Koordination und einen Erfahrungsaustausch. Er ist aktiv auf dem Gebiet der Weiterbildung der Drogenfachleute, der Forschung und unterstützt fallweise Pilotprojekte, unter vielen andern auch ein Projekt «Drogen und Sport» der Eidg. Sportschule Magglingen. Es basiert darauf, Jugendgruppenleiter und Sportlehrer an Berufsschulen für die Drogenproblematik zu sensibilisieren sowie den Einsatz von Sportaktivitäten im Rahmen von Drogentherapien zu fördern.

Die angelaufene Informationskampagne des Bundes zur Drogenproblematik ist, wie Umfragen ergaben, durch die Bevölkerung gut aufgenommen worden. Offen zeigte sich die Bevölkerung für Hilfsangebote gegenüber den Abhängigen. Am meisten Unterstützung fanden die folgenden Massnahmen: Den Jugendlichen in Schwierigkeiten helfen/Drogenprävention in der Schule/Busse oder Gefängnis für Drogenhändler/Behandlungen anbieten/Bestrafung der Geldwäscherei (alle über 90 Prozent Zustimmung). Eine Mehrheit von 60 Prozent befürwortete ebenfalls die ärztliche Verschreibung von Drogen, während sich nur knapp mehr als 30 Prozent für Zwangsentzüge aussprachen. *cab*

Ökonomische Kosten des Konsums illegaler Drogen

(in Mio. Franken)

	min.	max.
I. Medizinische Kosten		
1.1 Ambulante Pflege	28,8	60,6
1.2 Stationäre Behandlung	30,0	30,0
1.3 Pflege drogensüchtiger Aids-Kranker	8,8	12,1
1.4 Wiedereingliederung und IV-Renten	5,7	5,7
Total I	73,3	100,4
II. Bekämpfung der Kriminalität		
3.1 Polizei und Spezialeinheiten	29,5	32,3
3.2 Zoll	8,3	8,3
3.3 Justizwesen (abzüglich Geldstrafen)	30,0	30,0
3.4 Inhaftierungskosten	91,0	91,0
3.5 Kosten infolge Drogenkriminalität	0,6	0,6
Total II	159,4	162,2
III. Prävention und Forschung		
4.1 Prävention	8,9	10,0
4.2 Forschung	4,7	6,2
Total III	13,6	16,2

Nach der Untersuchung von Jean Pierre Danthine und Raoul Balletto werden in der Schweiz weit mehr Mittel für die Bekämpfung der Kriminalität, vor allem für die Inhaftierung von Drogenkonsumenten und -händlern, ausgegeben, als für die medizinische Behandlung und die Rehabilitation der Süchtigen. Prozentual verteilen sich die Kosten wie folgt:

Medizinische Kosten	36 Prozent
Bekämpfung der Kriminalität	58 Prozent
Prävention und Forschung	6 Prozent

Die Studie wurde durch das Bundesamt für Gesundheitswesen im August 1990 veröffentlicht.